

Sächsisches Volksblatt

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Verkaufpreis täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A.: Mit der Zeit im Wert und Wert vierjährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.
Abgabe B.: Ohne illustrierte Beilage Viertel 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 J. — Preisungsverzeichnis Nr. 6858.

Inserate werden die gewöhnliche Zeilenbreite über dem Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 J. die Zeile berechnet, bei Überbetonungen entsprechende Abtatz.
Anzeigenpreis, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Telefon-Nr. 1866
Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Redaktion: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Telefon-Nr. 11-12.

Hütet euch vor dem Börsenspiel!

(Von einem Finanzkritiker)

In der Alpenstadt Salzburg ist ein sogenannter Bankier durchgegangen, sein Profurist hat sich entleibt, eine Reihe von Klienten des Bankiers ist mehr oder weniger um ihre Vermögen geprellt worden. Dies ist auch eine alte Geschichte, die ewig neu bleibt. Regelmäßig ein- bis zweimal im Jahre machen „Bankiers“ auf diese Weise in aller Welt von sich reden und das Publikum zieht nie die Lehre daraus. Die Spieler wenden sich sonderbarerweise nicht gern an eine Bank oder an einen soliden Bankier, die ihnen doch eine gewisse Garantie bieten können, sondern machen ihre Geschäfte zuerst mit Vorliebe durch Winkelbankiers. Der Titel „Bankier“ imponiert, und man glaubt ein Geheimnis bei Privatbankiers doch besser bewahrt und sich von diesen auch besser bedient, als wie in einer Bank. Und so kommt es, daß Leute, die einige Mark haben und alle mögliche Vorsicht walten lassen, ihr ganzes Vermögen den Bankiers anvertrauen. Dieser ist eben nur zu oft ein armer Teufel, dem kaum das Möblement des Montors eigen ist, der ganz ohne alle Fonds nur die unvertrauten Papiere und Gelder seiner Kunden als Betriebskapital besitzt. Trotz aller Wohlthätigkeit entwickeln sich daraus, wie Deutschland zeigt, oft ungeheuerlich große Firmen, deren Chefs aber so gut angehängelt sind, daß sie gar nicht an der Börse erscheinen dürfen. Sie verstehen es aber, ihrer Kundenschaft durch „Auftreten“ und Börsengeschwätz zu imponieren, sie hunkern mit Beziehungen zu Firmen, welche von ihrer Existenz kaum eine Ahnung haben. Kurz, der Kunde hält sie wirklich für über Summen gebietende, auf der Börse einflussreiche Geldherren, während sie, sei es nun Großstadt oder Provinzstadt, im günstigsten Falle nur die Agenten oder selbst nur Klienten einer größeren Firma sind, durch die sie ihre Aufträge abwickeln lassen. Selbst bis hierher gingen es noch nicht am schlechtesten. Wie aus Gerichtsverhandlungen gezeigt haben, spielen aber diese Pörsbankiers selbst sehr waghalsig an der Börse und oft in entgegengelegter Richtung zu den ihren Kunden gegebenen Ratsschlägen. Sie machen auch dann Aufträge oft „in sich“. Das geht so zu. Ein Kunde gibt den Auftrag, tausend Aktien zu kaufen. Der Börsenagent oder „Bankier“ meint, daß die Kurse des Papiers fallen. Er kauft die Aktien nicht, stellt sie aber auf das Konto seines Kunden als gekauft ein. Nun steigen aber die betreffenden Aktien wirklich, denn die Lehren und erfahreneren Börsianer irren sich oft. Sind z. B. die tausend angeblich gekauften Aktien um 10 Mark gestiegen, so muß nun der Bankier die 10 000 Mark aus eigenem Zuschuß zahlen; er hat sie verspielt. Ebenso kann die Sache im umgekehrten Falle schief gehen, wenn der Kunde tausend Aktien verkaufen will, weil er auf fallende Kurse rechnet, während der Bankier entgegengelegter Ansicht ist. Diese Manipulationen werden aber oft in 10 000 Stück gemacht, und je schlechter sich der Bankier als Propheet erweist, desto mehr verliert er, desto waghalsiger spielt er. Auf diese Weise haben im letzten Frühling, als der Krieg unvermeidlich schien und plötzlich Frieden eintrat, hunderte von Madern, Spielern und Spekulanten ihr und anderer Geld verloren. Warum wendet sich aber das Publikum, wenn es leider schon spielen will, so gerne obakuren Firmen zu? Vorerst ist es, wie erwähnt, die falsche Scham; man schämt sich, Börsenspieler zu sein, will aber doch „nachsehen“; dann verstehen es die Leute, welche sich fälschlich Bankier nennen, ihre Opfer aufzufinden und zu umgarnen.

Die vielen Fälle, daß Börsenspieler von ihren Bankiers um die Deposita, d. h. um die den Bankier anvertrauten Werte geprellt werden, haben in Deutschland zu dem Rufe nach einem Depositengebot geführt. Man wollte auch ein solches schaffen, eine aber der Schwierigkeiten wegen wieder von dieser Idee ab. Momentan wird an den europäischen Börsen wieder viel gespielt, und der Salzburger Fall wird manchem „Bankier“ sehr unwillkommen sein. Namentlich in Berlin ist ein Herababsturz des Börsenspieles, aber auch andere Städte, Wien nicht ausgenommen, sind vertreten. Ein Finanzblatt konstatiert, daß heute hunderttausend Leute mehr an der Börse interessiert sind als sonst. Gewiß wird heute in Werten, welche die Spieler kaum kennen. So sind amerikanische Werte sehr berühmt: Bahnen, Banken, Trusts; eine sehr bedeutende Spekulation besteht in afrikanischen Goldminen von London aus und in deutschen Kolonialwerten mitunter zweifelhafter Güte.

Die Berliner Banken haben schon eine Warnung an die Spekulation ergoßen lassen. Vergebens! Ob mit Recht oder Unrecht, diese Warnungen sollen einen sehr egoistischen Hintergrund haben. Den Berliner Banken erscheinen die heutigen Kurse der Industriaktien viel zu hoch, sie können sich daher nicht mit der Ausgabe von neuen Aktien hervorwagen, weil sie den Rückschlag fürchten müssen. Darum soll die väterliche Mahnung ergoßen sein. Man muß eben in allen Lagen in die Situation eingeweiht sein.

Es ist auch eine alte Regel, daß der Spekulant an der Börse nur dann Erfolg haben kann, wenn er selbst zur Börse geht und sich ganz der Sache widmet. Wer aber „ferne von Madrid“ weilt, muß in den meisten Fällen ver-

lieren, er wird nur vom Zufalle getragen. Darum soll der Salzburger Fall uns die Lehre geben: Hütet euch vor dem Börsenspiel.

Politische Rundschau.

Dresden, den 3. Februar 1910.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erledigte am 2. d. M. den Etat des Ministeriums des Innern. Dabei erklärte der Minister zur Frage der Feuerbestattung, die Regierung verfolge die Angelegenheit; zunächst solle aber abgewartet werden, welche Stellung die Parteien bei dem dem Hause vorliegenden Initiativantrage einnehmen würden.

Das Ablösen des Quinquennats. Am 1. April 1911 macht sich die Schaffung einer neuen Grundlage für den Friedensstand des Heeres nötig. Im letzten Jahre des Quinquennats, dem Etatsjahr 1910 auf 1911, beträgt der Höchststand der Präsenz 505 839 Mann, ausschließlich Offiziere, Unteroffiziere, Beamte und Einjährig-Freiwillige. Dieser Höchststand wird erreicht durch Schaffung eines sächsischen und preussischen Kavallerie-Regiments am 1. Oktober 1910. Man darf wohl annehmen, daß noch im Herbst des laufenden Jahres dem Reichstage ein neues Gesetz über die Präsenz vorgelegt werden wird, das dann schon im Etat für 1911/12 seine Wirkungen äußern würde. Nach allem, was bisher verlautet, beabsichtigt die Heeresverwaltung nicht mit großen Rekrutierungen hervorzutreten.

Entgegen den Meldungen, daß der Bundesrat und die eigens aus Dresden, Karlsruhe und Stuttgart in Vertretung eingetroffenen Minister bereits am Mittwoch zu einer bundesrätlichen Plenarsitzung zu den Schiffahrtsabgaben definitiv Stellung genommen haben, können wir auf Grund zuverlässiger Informationen mitteilen, daß dies nicht der Fall ist. Die entscheidende Sitzung wird erst am Donnerstag stattfinden.

Die Kosten der Reichstagsreden berechnet die „R. G. C.“. Da ein ganzer Stab von Stenographen mit Hilfskräften aller Art bereit ist, die Reden der Abgeordneten wortgetreu aufzunehmen, so kostet dieses Aufgebot jährlich rund 600 000 Mark. Da es im Jahre höchstens 175 Plenarsitzungen gibt, so verursacht eine Sitzung ungefähr 3420 Mark. Wenn man nun annimmt, daß eine Sitzung im Durchschnitt 6 Stunden dauert, so kostet die Stunde 570 Mark. Eine Minute Redezeit kostet circa 10 Mark. — Noch teurer ist die Zeit im preussischen Herrenhause. Dort kostet der stenographische Betrieb rund 80 000 Mark. Da aber jährlich nur etwa 20 Sitzungen stattfinden, erfordert eine Sitzung 4000 Mark Kosten.

Ingenieur Gustav Münch, der von 1881—1893 freijähriger Reichstagsabgeordneter für den 4. hannoverschen Reichstagswahlkreis war, ist in Gießen gestorben.

Der „antikultramontane Reichsverband“, eine Schöpfung des Erzbischofen Grafen Paul v. Sodenbroock, tritt wieder mal an die Öffentlichkeit. Diesmal ist es ihm darum zu tun, dem Zentrum, wenn möglich, das Mandat für den Wahlkreis Mülheim-Bippertürth-Gummersbach zu entreißen. Der geschäftsführende Ausschuss des „antikultramontanen Reichsverbandes“ wird nämlich laut der „Germania“ folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Zentrum ist wieder Trumpf! und wird es bleiben, wenn es nicht einmal gelinkt, bei den Wahlen seine Mandate zu vermindern. Schon bei der bevorstehenden Reichstagswahl im Wahlkreise Mülheim-Bippertürth, dessen Besitz für das Zentrum gefährdet ist, beabsichtigen wir, einzugreifen. Wir nehmen diese Wahl zum Anlaß, um alle deutschen Männer und Frauen, die von der nationalen und kulturellen Gefahr des Ultramontanismus überzeugt sind, zu bitten, einen Beitrag für unseren Wahlfonds zu zeichnen.“

Daß das Eingreifen des „antikultramontanen Reichsverbandes“ gegen das Zentrum gerichtet ist, kann ja nicht verwundern. Aber für welche andere Partei will sich dann der „antikultramontane Reichsverband“ ins Zeug legen? Der Aufruf seines geschäftsführenden Ausschusses geht über diese Frage mit Stillschweigen hinweg. Aber wenn der Verband jetzt mit einem Aufrufe zu Beiträgen für seinen Wahlfonds an die Öffentlichkeit tritt, dann darf die Öffentlichkeit auch wohl über die beabsichtigte Verwendung des Wahlfonds für die Hauptwahl und Stichwahl Aufschluß verlangen.

Oesterreich-Ungarn.

— Los-von-Rom-Heute. Die „Augsburger Abendztg.“ (Nr. 17 vom 18. Januar) schreibt:

„Wie der in Dornbirn erscheinende freisinnige „Vorarlberger Volksfreund“ berichtet, haben kürzlich ein Duzend katholischer Familien den Uebertritt zur evangelischen Kirche wegen der verheißenden Tätigkeit eines katholischen Geistlichen erklärt. In einer Predigtserie habe dieser gegen Luther und die evangelische Kirche losgejogt und dabei auch die „schlechte liberale Presse“ in sein Verdammungsurteil eingeschlossen.“

Wie die Zentralanstaltsstelle mitteilt, bestand die verheißende Tätigkeit des katholischen Geistlichen darin, daß er in seiner Pfarrkirche Ende November und anfangs Dezember vor. Jahres eine Reihe von neun Konferenzen

für Männer und Jünglinge über die Reformation in Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich, England und Irland hielt. Anlaß hierzu bot n. a. die Proselytenmacherei eines protestantischen Sendlings in den dortigen Arbeiterkreisen, die bereits einzelne Uebertritte zum Protestantismus erzielt hatte. Die Vorträge wurden im Anschlusse an das von dem Vortragenden bei Benziger herausgegebene Werk: „Die Geschichte der katholischen Kirche in ausgearbeiteten Dispositionen zu Vorträgen“ gehalten und waren, wie selbst von gemäßigter Seite zugegeben wird, vollkommen objektiv und ohne Beleidigung Andersgläubiger. Seit Abschluß dieser Vorträge fand in der Pfarrei Dornbirn I, in welcher dieselben gehalten wurden, nicht ein einziger Uebertritt eines Katholiken, geschweige denn einer katholischen Familie zur evangelischen Kirche statt, wie amtlich jederzeit bestätigt werden kann. Die Uebertritte in den Nachbarrparochien, die momentan nicht kontrolliert werden können, sowie die vor diesen Vorgängen in der Pfarrei Dornbirn vorgekommenen Uebertritte zum Protestantismus dürften richtig der evangelischen Proselytenmacherei, die sich jetzt mit der Gründung einer Filiale des Gustav-Adolf-Vereins befaßt, zuzuschreiben sein. Auf die Gefahren der kirchenscheidlichen Presse wurde selbstverständlich gelegentlich und pflichtgemäß hingewiesen.

Rom.

— Pius IX. und der Antijemitismus. Die „Trierische Zeitung“ schrieb in ihrer Nr. 577 vom 6. Dezember 1909: „Die geistlichen Führer des Zentrums saßen den ebenso geschickten wie hinterlistigen Plan, den Kulturkampf als einen Krieg des Audentismus und jüdischen Einflusses gegen das Christentum, des „fremden“ jüdischen Elementes gegen germanisches Wesen darzustellen. Sie richteten also ihre Batterien mit aller Macht gegen Audentum und Judentum. Das Signal dazu gab die höchste Stelle der katholischen Christenheit, gab Papst Pius IX. Das war die Geburtsstunde des modernen Antijemitismus. Kurz vor Weihnachten 1872 hielt der greise Papst vor den Beamten der Kurie eine heftige Schmäherrede gegen die Juden, die so viele Obszönitäten und Lästerungen in die Zeitungen schrieben. Diesen anfallenden, ganz unbegründeten Angriff gegen die jüdischen Journalisten verallgemeinerte er in einer Ansprache, die er am 23. März 1873 an eine Menge römischer Weiber aus den untersten Volksklassen richtete und in der er die Juden als Feinde Jesu, als zur Hölle verdammte, als einzig der Liebe zum Gelde hingegeben, als Förderer aller Lügen und Beleidigungen gegen die Kirche bezeichnet. Die leidenschaftlichen Anklagen des verbitterten Greises übten großen Einfluß auf die Gläubigen.“ Soweit die „Trier. Zeitung“, die sich auf Philippson, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes (2. Band Seite 2 und 3, Leipzig, Jod. 1910) beruft. Philippson gibt aber gar nicht an, wie die Worte geklungen haben und wo sie zu finden seien. Die Wahrheit ist folgende: Die Beamten der Kurie wurden am 23. Dezember 1872 nachmittags vom Papste Pius IX. zur üblichen Weihnachts- und Neujahrsgratulation empfangen. In der Adresse der Beamten, und in der ziemlich langen Antwort des Papstes, die beide im „Osservatore Romano“ vom 24. Dezember 1872 wiedergegeben wurden, findet sich auch nicht ein Sterbenswort, weder über die Juden, noch über die Judenpresse, noch über die antijerusalemische Presse, noch über die Presse überhaupt. Dasselbe gilt von der tierischen Allokution, die der Papst im Konfitorium desselben Tages an die Kardinalen gehalten, die in der gleichen Nummer des Osservatore abgedruckt ist. Ebenso wenig hat der Papst auf die besagten Leute oder Dinge angespielt in der Ansprache an die Militärschergen seines Hofes am 27. Dezember 1872. Diese Ansprache ist ebenfalls im „Osservatore“ vom 28. Dezember 1872 abgedruckt. Die Ansprache Pius IX. an die Frauen aus dem Volke, die am 23. März 1873 in Audienz empfangen wurden, ist im „Osservatore“ vom 24. März leider nicht abgedruckt, wohl aber die Adresse der Frauen an den Papst, in der aber nichts enthalten ist, was den Papst zu einem Ausfälle auf die Judenpresse hätte veranlassen können. Man sieht überhaupt nicht ein, weshalb Pius IX. gerade vor Frauen aus dem Volke gegen die Judenpresse hätte losziehen sollen. — Damit ist also für die „Geburtsstunde des modernen Antijemitismus“ ein anderes Datum zu suchen.

Bulgarien.

Die „Allianze Telegraphische Bulgare“ erklärt: Die von mehreren auswärtigen Blättern veröffentlichten Meldungen über eine angebliche Spannung in den Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien sowie über beschleunigte Kriegsvorbereitungen sind vollständig erfunden und tendenziös. Die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei sind gut und der Handelsvertrag, der demnächst abgeschlossen werden wird, wird eine weitere Festigung dieser Beziehungen zum Vorteil beider Länder bewirken. Bulgarien ist in seiner Politik konsequent, die auf der gegenseitigen Freundschaft zwischen der Türkei und Bulgarien beruht.

Türkei.

Die Verhandlungen unter den Schutzmächten gelten der Frage der Wiederbesetzung Aretas durch internationale Truppen. Einzelne der Mächte scheinen sogar nicht abgeneigt, im Interesse des allgemeinen Friedens eine neuer-